

## **Redebeitrag Uta Knebel - Kreistag, 23.03.2017**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreisräte, sehr geehrte Mitarbeiter des Landratsamtes, sehr geehrte Gäste,

die Mitglieder unserer Fraktion haben keinen einheitlichen Standpunkt zum vorgelegten Beschlussantrag.

Einig sind wir uns wohl alle, dass es richtig ist, sich mit der Struktur und dem effektiven Umsatz der Aufgaben zu beschäftigen und gute Lösungen zu finden.

Gute Lösungen können es aber nur werden, wenn eine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen wird.

Mir fehlt die Betrachtung der möglichen Auswirkungen der Pläne auf die Bürger und die Wirtschaftsstruktur des Kreises.

Bitte führen Sie aus, ob und welche Einschnitte es gegebenenfalls bei den Zeiten für den Publikumsverkehr an den einzelnen Standorten geben wird.

Da es keine Gegenüberstellung des Istzustandes zum Zielzustand gibt, ist es nicht erkennbar, welche Änderungen sich in Ihrer verbergen.

Der Beschlussantrag müsste richtiger Weise im Punkt 2 lauten:

Erweiterung in der Brauhausstraße um ca. 270 Arbeitsplätze davon reichlich 30 Arbeitsplätze für Betriebsfremde

Wegfall von 92 Arbeitsplätzen am Standort Großenhain und

Wegfall von 27 Arbeitsplätzen am Standort Riesa

Mit einem Investitions- dauernden Aufwand, der höher liegt als eine Variante ohne Erweiterungsbau soll das erreicht werden. Diese Mehraufwendungen engen den Gestaltungsspielraum des Landkreises in den Folgejahren ein.

Da uns die Auswirkungen auf den Haushalt in seiner Gänze nicht aufgezeigt werden, ist eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt in diesem Umfang nicht möglich.

Warum nutzen wir die Überlegungen für eine effiziente Verwaltung nicht dafür, schwache Räume im Landkreis zu stärken? Warum gibt es keine Überlegungen, die Entfernung Verwaltung – Bürger gering zu halten?

Eine Zielstellung könnte sein: Kein Bürger hat es weiter als 15 Kilometer zu einem Servicepunkt des Landkreises.

Warum nutzen wir nicht die vorhandenen Gebäude, um eine effektive Lösung zu finden.

Wenn dem so ist, dass viele Verwaltungsvorgänge ohne Publikumsverkehr von statten gehen können, müssen diese nicht an zentraler Stelle vorgenommen werden. Dies setzt das Land Sachsen zum Beispiel mit seinen Ämtern, wie Statistisches Landesamt Kamenz um. Warum denken wir nicht darüber nach?

Wir haben ein Gefälle von Süd nach Nord in unserem Kreis, welches sich durch die angedachten Maßnahmen verstärken würde und dazu noch mehr belastet. Kann das der richtige Weg sein?

Ich beantrage eine Zurückweisung des Beschlussantrages in die Ausschüsse.

Der Ansatz für eine Neuplanung soll sich an unseren Leitlinien halten: